

Demonstration: Mannheimer Studentin im Auslandssemester schildert ihren Alltag in Hongkong / Dutzende Aktivisten belagern weiterhin die Polytechnische Universität

„Ich habe keine Angst“

Von Miray Caliskan

Hongkong/Mannheim. Anna Meyenburg (Bild) hat keine Angst. Während die Welt um sie herum in Chaos zu versinken scheint, atmet sie ein und wieder aus – und fühlt sich sicher. Die 24-Jährige ist mittendrin. In Hongkong. Wo der Alltag geprägt ist von Gewalt. Wo sich Studierende in Universitäten verschließen, sich mit selbstgebauten Brandausfällen zu wehren versuchen.

Schon seit fünf Monaten laufen die Demonstrationen – unter anderem für mehr demokratische Rechte – gegen die Regierung. „Bevor ich hierher gekommen bin, wusste ich, worauf ich mich einlasse“, sagt Meyenburg. Die gebürtige Hamburgerin studiert an der Universität Mannheim Psychologie im fünften Semester. An der Partneruni City University of Hongkong wollte sie eigentlich ein Auslandssemester absolvieren, die ehemalige britische Kolonie, das Land und seine Traditionen kennenlernen. „Ich bin seit August hier, und mittlerweile wurde die Uni komplett abgesagt. Die Klausuren finden nicht statt.“

Wohnheim besetzt

Die politische Situation in Chinas Sonderverwaltungszone bestimmt den Alltag der 24-Jährigen. „Man muss den Protesten ausweichen. Aber es gibt Webseiten, die zeigen, wann wo was stattfindet. Ab und zu fällt auch mal die Metro aus. Aber da kann man sich gut umorganisieren“,



Die Aktivisten haben in der vergangenen Woche den Campus und das Wohnheim der City University, das hier zu sehen ist, in Hongkong besetzt. Inzwischen sind die Demonstranten von dort wieder abgezogen.

BILDER: MEYENBURG

erzählt Meyenburg. Und obwohl sich teils brutale Szenen in der Metropole abspielen, will die Studentin noch nicht nach Deutschland zurückkehren. „Weil ich keine Angst um meine Sicherheit habe“, erklärt sie. Bis vor zwei Wochen habe man in der Stadt einen guten Überblick über die Anti-Regierungs-Proteste gehabt. „Demonstriert wurde verstärkt am Wochenende.“ Die Situation sei eskaliert, als am 4. November ein Student am Rande von gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Pro-Demokraten und der Polizei in

einem Parkhaus im Stadtteil Sai Kung in die Tiefe gestürzt ist. Der 22-Jährige ist wenige Tage später gestorben. „Die Aktivisten waren sich sicher, dass die Beamten die Rettungskräfte davon abgehalten haben, zum Verletzten zu gelangen. Und dann ging es richtig los.“

Tagelang haben sich die Demonstranten und die Sicherheitskräfte kämpfe geliefert. Universitäten wie die Chinesische und die Polytechnische Universität von Hongkong wurden wortwörtlich zu Festungen umgebaut – auch Meyen-

burgs Campus. „Vergangenen Montag haben maskierte Leute das Gelände gestürmt“, erzählt sie. Die Aktivisten hätten den Zugang verbarrikadiert, Pflastersteine rausgehauen, Molotow-Cocktails gebaut. Und auch das Wohnheim besetzt. „Die Organisatoren haben die Kontrolle verloren. Wir mussten deshalb in Alternativunterkünften unterkommen. Ich bin gerade in Ma On Shan, also noch in Hongkong, aber außerhalb des Zentrums“, sagt Meyenburg. Mittlerweile seien die Demonstranten von der City University

wieder abgezogen – anders als an der Polytechnischen Hochschule. Am Mittwoch harren Medienberichten zufolge noch 60 bis 100 Aktivisten auf dem Gelände aus.

„Die Austauschstudenten leben quasi im Luxus. Wir kehren irgendwann in unsere Heimat zurück. Aber was passiert mit den jungen Leuten, die für ihre Zukunft kämpfen? In ihrer Haut möchte ich auf keinen Fall stecken.“ Ähnlich sieht es ihre Familie. Sie sei zwar besorgt, würde aber auf die Einschätzung ihrer Tochter vertrauen. „Es mag zwar seltsam klingen, aber hinter all der Gewalt steckt eine gewisse Logik und Kontrolle. Als die Studenten unseren Campus belagert haben, haben sie in der Küche füreinander gekocht und den Müll aufgeräumt. Wenn ein Fremder reinkommen wollte, haben sie nach dem Ausweis gefragt, damit ja kein Extremist unter ihnen ist. In den Einkaufszentren wurden Geschäfte zerstört, aber ‚nur‘ die sich pro China ausgesprochen haben. Sie werden auch nicht geplündert, wie es zum Beispiel beim G-20-Gipfel in Hamburg der Fall war.“

Bei zum 23. Dezember bleibt die 24-Jährige noch in Asien. „Ich werde reisen, aber auch viel Zeit in Hongkong verbringen und mir die Stadt ansehen.“ Wie, denkt sie, wird es in der Metropole weitergehen? „Ich bin fest davon überzeugt, dass die Aktivisten nicht aufhören werden zu demonstrieren. Sie sind schon weit gekommen und setzen täglich ihr Leben aufs Spiel. Vielleicht wird der Hauptspielort der Proteste nicht die Unis sein. Aber die Kämpfe werden sicherlich fortgeführt.“

Verfahren: Diplomat bestätigt Verdacht auf Gegenleistung

Trump weiter belastet

Washington. Bei den Impeachment-Ermittlungen in den USA hat ein Schlüsselzeug Zeuge US-Präsident Donald Trump belastet und zentrale Vorwürfe der Demokraten bekräftigt. Der US-Botschafter bei der EU, Gordon Sondland, sagte am Mittwoch im US-Repräsentantenhaus aus, er habe im Umgang mit der Ukraine auf ausdrückliche Anordnung Trumps mit dessen persönlichem Anwalt Rudy Giuliani zusammengearbeitet. Giuliani habe ein „Quid pro quo“ – also eine Gegenleistung – für ein Treffen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit Trump im Weißen Haus verlangt, sagte Sondland. Trump hat das stets dementiert. Sondland sagte unter Eid, Giuliani habe eine öffentliche Ankündigung gefordert, dass die Ukraine Untersuchungen auf den Weg bringen werde, die Trumps Rivalen Joe Biden schaden könnten.

Der Botschafter schränkte allerdings ein, dass er das nie von Trump persönlich gehört habe. Sondland unterstrich, er habe Außenminister Mike Pompeo und Trumps geschäftsführenden Stabschef Mike Mulvaney auf dem Laufenden gehalten. Er sagte weiter, er sei auch zu der Erkenntnis gelangt, dass eingefrorene Militärhilfe für die Ukraine erst freigegeben werde, wenn es eine Ankündigung der Ukraine zu Untersuchungen gebe. Aber er sagte: „Ich habe nie vom Präsidenten gehört, dass die Hilfe von der Ankündigung von Untersuchungen abhängig ist.“ Das sei seine „persönliche Annahme“ gewesen. *dpa*



Benny Gantz hat es nicht geschafft, eine Regierung in Israel zu bilden. *BILD: DPA*

Regierung: Oppositionschef in Israel gibt Mandat zurück

Benny Gantz scheitert

Tel Aviv. Benny Gantz vom oppositionellen Mitte-Bündnis Blau-Weiß gibt das Mandat zur Regierungsbildung in Israel an Präsident Reuven Rivlin zurück. Gantz habe Rivlin darüber informiert, dass er keine Regierung bilden könne, teilte Blau-Weiß am Mittwoch mit. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit für eine dritte Parlamentswahl innerhalb eines Jahres. Vor Gantz war bereits der rechtkskonservative Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, dem Anklagen in drei Korruptionsfällen drohen, bei dem Versuch der Regierungsbildung gescheitert.

Nach Gantz' Rückgabe des Mandates kann nun jeder Abgeordnete versuchen, eine Mehrheit von 61 der insgesamt 120 Parlamentarier für eine Regierungskoalition zu suchen. Scheitert auch dies innerhalb der nächsten 21 Tage, droht Israel eine dritte Parlamentswahl innerhalb eines Jahres. Dann würde das Parlament automatisch aufgelöst werden. Innerhalb von 90 Tagen müsste dann regulär eine Neuwahl ange setzt werden. Sie könnte nach Medienberichten in der ersten März-Hälfte stattfinden.

Netanyahu (Likud) war bereits im April nach der vorangegangenen Parlamentswahl bei der Regierungsbildung gescheitert. Bemühungen um die Bildung einer großen Koalition von Blau-Weiß und Likud hatten zuvor nicht fruchten. Die Regierungsbildung gestaltet sich so schwierig, weil weder das rechts-religiöse noch das Mitte-Links-Lager über eine Mehrheit verfügte. *dpa*

Familien: Bessere Grundsicherung gefordert

SPD will neues Kindergeld

Berlin. Für jedes Kind in Deutschland soll der Staat nach dem Willen der SPD künftig ein neues Kindergeld von mindestens 250 Euro bezahlen.

Die Leistung soll Teil einer neuen Kindergrundsicherung sein. Die SPD will damit das Dickicht der verschiedenen Familienleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Hartz IV für Kinder und Teilhabeleistungen bündeln. Das geht aus einem am

Mittwoch in Berlin bekannt gewordenen 16-seitigen Konzept hervor, das an diesem Montag im Parteivorstand beraten und Anfang Dezember vom SPD-Parteitag beschlossen werden soll.

„Wir wollen einen Systemwechsel“, sagte die kommissarische Parteichefin Malu Dreyer den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Grundzüge der Pläne sind bereits im Sozial-Konzept für einen neuen Sozialstaat vom Februar beschrieben.

Das Konzept hat zwei Säulen – einerseits das neue Kindergeld: Es soll das bisherige Kindergeld, den Kinderzuschlag, die Kindersätze der Grundsicherung und Teile des Bildungs- und Teilhabepakets ersetzen – und nach Einkommen der Eltern und Alter der Kinder gestaffelt sein.

Alle sollen 250 Euro pro Kind und Monat erhalten. Bei Familien mit geringem Einkommen soll das Kinder-

geld bis zu 400 Euro für Kinder bis sechs Jahren, 458 für sechs- bis 13-Jährige und 478 Euro für Jugendliche ab 14 anwachsen können.

Ändern soll sich auch etwas bei den Kinderfreibeträgen: Der Anteil für Betreuung, Erziehung und Ausbildung soll gesenkt werden – der Steuervorteil der Freibeträge soll auf maximal 250 Euro pro Kind sinken.

Kostenlose Kita geplant

Bildung und Teilhabe – das ist der Kern der anderen Säule. Vom neuen Kindergeld sollen monatlich 30 Euro auf ein Teilhabekonto in Form einer Kinderkarte fließen. Nutzen können soll man das für gebührenpflichtige Angebote wie Sportvereine, Schwimmclubs oder Musikschulen.

Durchsetzen will die SPD zudem flächendeckend beitragsfreie Kitas ab dem ersten Geburtstag, kostenlose Ganztagsangebote für Grundschüler von 8 bis 16 Uhr, Ganztagsangebote für alle Schüler sowie freie Fahrt mit Bus und Bahn im Nahverkehr für alle Kinder. Dreyer nannte Kosten von 11 Milliarden Euro. „Dafür muss Geld da sein, dafür wird Geld da sein“, sagte sie.

Die Union lehnt eine allgemeine Kindergrundsicherung ab – Orientierung am Bedarf statt pauschale Leistungen heißt die Devise. *dpa*



Malu Dreyer, kommissarische Vorsitzende der SPD, verlangt einen Systemwechsel beim Kindergeld. Die SPD will Familien besser unterstützen. *BILD: DPA*

ANZEIGE

Ö engelhorn

EINLADUNG ZUR GROSSEN WEIHNACHTSFENSTER-ERÖFFNUNG

AM DONNERSTAG, 21.11.2019 UM 17:30 UHR BEI ENGELHORN MODE IM QUADRAT.

BIS 21 UHR GEÖFFNET**

20 % AUF NICHT REDUZIERTE WARE bei Vorlage Ihrer Vorteilkarte.
HABEN SIE NOCH KEINE VORTEILSKARTE?
Sichern Sie sich kostenlos in allen engelhorn Häusern Ihre persönliche Karte und profitieren Sie von exklusiven Angeboten.

* Nicht kombinierbar mit anderen Rabattaktionen und nur am 21.11.19 gültig. Gültig in allen engelhorn Häusern. Rückwirkende Erstattung ausgeschlossen. Ausgenommen Gutscheine, Maßatelier, Auswählen und Einzelbestellungen, Lifestyle- und Deko-Artikel, Tesla sowie Produkte der Marken Aesop, Moncler, Horizn Studios, The Laundress und Stone Island sowie GPS-Uhren und -Geräte, Fitness-Tracker und -Uhren, Fahrräder, Golf-Hartware und Tennisbälle. Gültig nur in Verbindung mit Ihrer engelhorn Vorteilkarte.
** Am 21.11. sind der Tommy Hilfiger Store, der Boss Store und engelhorn active town bis 20:00 Uhr geöffnet.